

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 50 Pfennig, Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Wech. Druck von E. H. D. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nilolaistraße 7, 2. St. — Fernsprech-Anschluß 8002.

Agitation und Aufklärung.

Wald ist ein Jahr verfloßen, seit der Krieg sein Ende gefunden, und noch sind Hunderttausende deutscher Staatsangehöriger, die während des Krieges als Feldzugsteilnehmer in Gefangenschaft gerieten, nicht zurückgekehrt. Es hat dem Sieger nun einmal so gefallen, die Angehörigen der Gefangenen und diese selbst noch ein Jahr lang seelischer Pein auszusetzen. Das ist das Recht des Stärkeren, denn Macht ist die hauptsächlichste — wenn auch nicht immer die lauterste — Quelle des Rechts. Doch es hat keinen Zweck, Klagen anzustimmen, wir haben uns mit den Tatsachen abzufinden, da es nicht in unserem Belieben steht, diese zu ändern. Aber eine andere Frage soll uns heute beschäftigen, und das ist unser Verhältnis als Organisation zu den Heimgekehrten. Hierzu ist einiges zu sagen.

Die Heimkehrenden stehen wohl ausnahmslos in einem Alter, in dem sie für die gewerkschaftliche Organisation ohne weiteres in Frage kommen. Viele waren vielleicht vor ihrem Eintritt in das Heer bereits organisiert. Aber auch diese finden trotzdem ganz andere Verhältnisse vor, als die damals von ihnen verlassenen waren. Diese Kollegen müssen sich zunächst in den neuen Verhältnissen zurechtfinden, um in den Reihen der Gewerkschaften ihren Platz richtig, d. h. nicht zum Nachteil der Arbeiterklasse, ausfüllen zu können. Es liegt an uns, den Heimkehrenden die Orientierung zu erleichtern, sie aus dem Wust der Vorurteile und Unwahrheiten zu befreien, in die sie sowohl während ihrer Abwesenheit von der Heimat, als auch beim Betreten deutschen Bodens verstrickt worden sind.

Während, wenn in den einzelnen Orten die Gefangenen einbezogen sind, gut es, mit unserer Aufklärung einzusetzen, sei es durch persönlichen Besuch einzelner oder in den Versammlungen, zu denen speziell die Heimgekehrten eingeladen werden. Gewesene Mitglieder werden am besten zunächst persönlich aufgesucht, falls diese sich nicht bereits bei der Zahlstellenleitung angemeldet haben. Das soll innerhalb der ersten 14 Tage nach der Rückkehr erfolgen, damit die Kollegen ihrer bereits erworbenen Rechte nicht verlustig gehen. Diese Kollegen können auch schriftlich aufgefordert werden, sich bei der Zahlstellenleitung zu melden und ihre Mitgliedschaft wieder zu regeln. Ist die Zahl der Heimgekehrten nicht allzu groß, so kann der Beitragskassierer sie in der Wohnung aufsuchen und zur Fortsetzung der Mitgliedschaft auffordern unter Hinweis auf die damit verbundenen Vorteile. Es gibt also allerlei Möglichkeiten, um mit den heimgekehrten Kollegen in Verbindung zu kommen. Es liegt nur an den Ortsverwaltungen, sofort zu handeln. Sie können sich dadurch spätere Vorwürfe ersparen, die zweifellos kommen würden, falls gewesene Mitglieder durch zu späte Anmeldung ihrer alten Rechte verlustig gingen.

Anderes verhält es sich mit der Gewinnung derjenigen Heimgekehrten, denen die Organisation nur dem Namen nach bekannt ist, d. h. also, die noch nicht organisiert waren. Diesen müssen erst die Grundbegriffe über Wesen und Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen überhaupt klargemacht werden. Zu dieser Aufklärungs- und Werbearbeit sind erfahrene Kollegen oder Kolleginnen erforderlich, die mit Takt und Sachlichkeit ihre Aufgabe zu lösen verstehen. Auch auf den Arbeitsplätzen sollen die noch Unorganisierten an ihre Pflicht erinnert werden, der Organisation beizutreten. Hierbei kann jeder Kollege, jede Kollegin agitatorisch behilflich sein. Heißsporn sind als Werkstattagitatoren ebenso wenig zu gebrauchen wie bei der Hausagitation. Wer neue Kollegen, neue Freunde gewinnen will, darf diese nicht verletzten. Wer sich entschieden weigert, der Organisation beizutreten, der hat bestimmte Gründe. Diese gilt es zu erforschen und dann die Werbearbeit entsprechend zu gestalten. Sind dem einen z. B. die zu leistenden Beiträge zu hoch, so muß ich bei ihm anfangen zu rechnen. Ich stelle die durch die Organisation erzwungenen Vorteile dem Wochenbeitrag gegenüber. Hierbei darf ich auch einmal an sein Ehrgefühl appellieren. Es gibt außerdem Fälle, in denen der Beitritt zum Verbands aus nichts sagenden Gründen abgelehnt wird. Bei der Hausagitation stellt sich dann heraus, daß die Frau das eigentliche Hindernis ist und der Mann den Familienzwang fürchtet. Den Streit wollen wir allerdings auch nicht in die Familie tragen, vielmehr muß ich jetzt des Mannes Tätigkeit übernehmen und die Frau zu überzeugen suchen, daß die Zugehörigkeit zum Verbands notwendig und nützlich ist. Bei klugem Verhalten wird es in den meisten Fällen auch gelingen, die Frau zu überzeugen. Man suche also, wenn irgend möglich, immer die Wurzel des Übels, dann kommt man am ehesten zum Ziel.

Haben wir eine größere Anzahl Mitglieder gewonnen, so ist das wichtigste, sie in die Versammlung zu bringen und sie zu denkenden, klarschauenden Menschen zu erziehen. Vielleicht leidet man eine Reihe von Vorträgen ein mit einem Referat über die Geschichte der Gewerkschaften. Damit sind die neuen Mitglieder zunächst über ihr eigenes neues Tätigkeitsgebiet orientiert. Dann aber wäre es notwendig, sie mit dem wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklungsprozeß bekannt zu machen, damit sie nicht als Mehrheit die gesunde Vernunft über den Haufen rennen, wenn es sich um die Erledigung von wirtschaftlichen Fragen handelt, die in das Gewerkschaftsleben eingreifen. Es wäre erwünscht, die Mitgliedschaft bekannt zu machen mit dem historischen Materialismus. Anschließend daran wäre zu empfehlen, die Entstehung und Entwicklung der Volkswirtschaft zu behandeln, um dann überzugehen zu Karl Marx' ökonomischen Lehren. Das Eindringen in die hier angeführten Wissens-

gebiete gibt unseren Mitgliedern die Grundlage zur richtigen Erkenntnis aller wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Neuererscheinungen, gibt ihnen aber auch zugleich die Möglichkeit eines richtigen Urteils in schwierigen Fragen. Der Vortragende muß die zu behandelnden Themen natürlich selbst gründlich beherrschen,



Die

Zahlstellenleitungen und deren Funktionäre müssen nunmehr ihr Hauptaugenmerk auf die zurückkehrenden Kriegsgefangenen

richten. Insbesondere diejenigen, die bereits Mitglied unsers Verbandes waren,

sollen

aufgesucht und zur Weiterführung ihrer Mitgliedschaft angehalten werden. Sie sind darauf aufmerksam zu machen, daß sie

sich

ihre früher erworbenen Rechte sichern können, wenn die Wiederanmeldung innerhalb 14 Tagen erfolgt. Die vor der Einziehung zum Heeresdienst geleisteten Beiträge werden voll angerechnet, wenn sich die Heimkehrenden unter Einhaltung des angegebenen Termins bei der Ortsverwaltung

melden.

Keines unserer alten erfahrenen Mitglieder darf verloren gehen.



und er muß ein gut Teil Pädagoge sein. Er hat bei seinen Darlegungen stets in Rechnung zu stellen den Bildungsgrad der Mehrheit seiner Hörer. Es ist allerdings nicht anzunehmen, daß nun alle neugewonnenen Mitglieder überhaupt den Wunsch haben, zu lernen. Ein Teil derselben lehnt es stets ab, sich belehren zu lassen. Denken ist nach ihrer Auffassung nicht nur eine unangenehme, sondern auch eine höchst überflüssige Arbeit. Trotzdem muß die Arbeit getan werden wie in früheren Jahren auch. Viele unserer Mitglieder werden für das ihnen vermittelte Wissen dankbar sein. Vorteilhaft ist es, wenn im Anschluß an die empfohlenen Vorträge sich stets eine Diskussion anschließt, die sich an den Stoff halten muß, d. h. Abweichungen auf Nebenächlichkeiten sollen vermieden werden. Es ist Sache des Vortragenden, die Aussprache immer wieder auf das Wesentliche, auf die Kernfragen, hinzulenken. Allerdings wird die Diskussion sehr oft übergreifen auf wichtige Nebengebiete der behandelten Themen, weil der Referent über Volkswirtschaft und Marx' ökonomische Lehren schon gezwungen ist, die verschiedensten Fragen der Nationalökonomie mindestens zu streifen. Darin liegt kein Fehler, im Gegenteil, der sich regende Wissensdrang soll befriedigt werden.

Überall da, wo die Schulung der Mitgliedschaft in der angegebenen Weise sich im Rahmen unserer Organisation nicht ermöglichen läßt, vielleicht weil die Zahl der Mitglieder zu klein und die entstehenden Kosten deshalb zu hoch sind, soll versucht werden, Vortragskurse einzurichten unter Beteiligung aller am Orte vorhandenen Gewerkschaften. Besteht ein Gewerkschaftsstatut, so kann dieses die Ausführung in die Hand nehmen. Die Vorteile solcher Bildungsarbeit werden sich bald zeigen. Die Reihen der „Unbernünftigen“ werden sich lichten zum großen Vorteil der Arbeiterschaft. Als Arbeiter haben wir alle das gleiche Ziel im Auge, und es ist nicht einerlei, ob wir sehend oder mit verbundenen Augen auf dieses Ziel lossteuern. Der Blinde irrt, stolpert, kommt vom Wege ab, erreicht das Ziel vielleicht nie. Er ist gegen seinen sehenden Kameraden, der ihn führt, außerdem mißtrauisch; er befürchtet, falsch geführt zu werden. Daraus ergibt sich, daß wir dem Blinden, dem Unwissenden die Binde von den Augen nehmen müssen, d. h. wir müssen ihn aufklären. Das ist jetzt die wichtigste Arbeit, die wir zu leisten haben.

Die Grundlage für die Festsetzung der Lohnhöhe.

Eine ganze Anzahl von Reichstaxen sind sogenannte Rahmentarife, d. h. sie geben nur den Rahmen ab, innerhalb dessen Grenzen sich die Bestimmungen der einzelnen Bezirksarife bewegen sollen. Der Rahmentarif verhält sich zu den Bezirksarifen genau so wie die deutsche Reichsverfassung zu den übrigen Gesetzen. Im Rahmentarif sind in der Regel mehrere Ortsklassen für die Festsetzung der Löhne vorgegeben. Geht es nun an die Lohnfestsetzung selbst, dann fangen die Schwierigkeiten an. Es geht der Streit ein, in welche Lohnklasse einzelne Orte resp. Firmen kommen sollen. Die unausrottbaren Interessengegenstände zwischen Kapitalismus und Arbeiterklasse machen sich geltend. Die Unternehmer haben das Bestreben, in eine möglichst niedrige Lohnklasse eingereiht zu werden, während die Arbeitervertreter selbstverständlich nach der entgegengesetzten Richtung drängen. Es fehlt etwas, das richtunggebend für die Lohnhöhe werden könnte, etwas, zu dem ich den Lohn in Vergleich stellen kann, um seine relative Wert-

höhe messen zu können. Dieses „Etwas“ ist nichts anderes als die sichere Kenntnis der Preise für alle Existenzmittel, die der Arbeiter braucht. Mindestens muß mit Sicherheit festgestellt werden der für eine Durchschnittsfamilie (in Deutschland 4,7 Personen) notwendige Bedarf für einen bestimmten Zeitraum, sagen wir für eine Woche. Es ist schon eine brauchbare Grundlage geschaffen, wenn die Preise aller erreichbaren notwendigen — also nicht nur der rationierten — Lebensmittel erfasst werden. Hierzu kämen dann prozentuale Zuschläge für Kleidung, Wohnung und Verschiedenes. Die Steuerhöhe ist ohne besondere Schwierigkeiten festzustellen und in die Lohnhöhe mit einzurechnen.

Eine solche Statistik war seither in ihren Anfängen längst vorhanden. Richard Calwer hat seit Jahr: „zirka 200 Orten des Reiches monatliche Feststellungen über die Preisbewegung verschiedener Lebensmittel vorgenommen. Leider mußte diese Statistik immer sehr lückenhaft bleiben, weil eine Privatperson nicht die notwendigen finanziellen und personalen Mittel zur Verfügung hat wie etwa das Reich. Nunmehr besteht Aussicht, daß diese statistischen Erhebungen in Zukunft durch das reichsstatistische Amt durchgeführt werden. Bei den Staatsberatungen in der Nationalversammlung wurde ein Antrag der Mehrheitsparteien angenommen, wonach zunächst für ein halbes Jahr 500 000 Mark für den angeführten Zweck bewilligt wurden. In der Begründung heißt es:

„Die Statistik bezweckt zunächst die Festlegung der tatsächlich bezahlten durchschnittlichen Löhne sowie die Aufzeichnung der in den in Frage kommenden größeren und mittleren Orten für die Lebenshaltung aufzuwendenden Mittel. Sie soll die Unterlagen zur Schaffung von örtlichen Bedürfnisklassen bilden, ohne die eine gesunde Entwicklung des Tarifvertragswesens nicht denkbar ist. Auf Grund der Statistik wird sich die Berechtigung von Lohnforderungen jederzeit prüfen und ein gerechter Ausgleich der Löhne ermöglichen lassen. Schätzungsweise werden für ein Jahr 1 Million Mark erforderlich sein.“

Danach sollen also auch die Löhne von der Statistik erfasst werden. Wie Erkelenz im „Berliner Tageblatt“ mitteilt, soll allerdings nur halbjährlich eine Statistik der Preise und Löhne vorgenommen werden. In normalen Zeiten könnte das genügen, in Zeiten aber mit so stark wechselnden Preisdifferenzen wie gegenwärtig müßten schon monatliche Feststellungen erfolgen. Das ist auch durchführbar. Das Reich hat doch jedenfalls die Möglichkeit, das gewonnene Material zur Verarbeitung auf so viele Personen zu verteilen, daß es rasch herauskommen kann. Was Calwer als Privatperson leisten konnte, muß das Reich erst recht leisten können.

Auf Grund einer amtlichen einwandfreien Preisstatistik könnten in Zukunft die Ortsklassen für die Entlohnung der Arbeiter festgesetzt werden, ohne daß ein Streit zwischen Unternehmern und Arbeitern stattfinden oder daß mit dieser Streitfrage die Schiedsgerichte beehelligt würden. Die Einreihung in die Ortsklassen könnte schon im Rahmentarif erfolgen. Jedenfalls darf als Grundlage für die Festsetzung der Ortsklassen nicht für alle Zeiten der Zufall, das persönliche Gutdünken oder die Zungenfertigkeit einzelner Personen maßgebend sein. In der Sache müssen wir sicheren Grund unter die Füße bekommen.

Das reichsstatistische Amt wird nun sein Material für die Lohnstatistik von den Unternehmern beziehen müssen. Einen anderen Weg, um rasch arbeiten und die Ergebnisse veröffentlichen zu können, gibt es nicht. Um aber von vornherein das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen die Quelle des lohnstatistischen Materials zu beseitigen, ist es vorteilhaft, wenn die Betriebsräte in die Lohnangaben Einsicht nehmen vor Abgang an das statistische Amt. Das ist übrigens eine Selbstverständlichkeit, die nicht erst betont zu werden braucht.

Von einer Seite ist der Wunsch geäußert, die Arbeitsgemeinschaften sollen zur Aufstellung der Lohnstatistiken mit herangezogen werden. Der Vorschlag ist insofern beachtenswert, als die Arbeitsgemeinschaften zweifellos ohnehin ein großes Interesse daran haben, über das Urmaterial der Entlohnung der ihnen zugehörigen Unternehmungen jederzeit orientiert zu sein. Die Verarbeitung des Materials würde sich dann ungefähr auf dieselbe Weise vollziehen, wie früher bei der Quartalsstatistik über die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden. Das von den einzelnen Arbeitsgemeinschaften verarbeitete, konzentrierte Material würde an das reichsstatistische Amt zur Zusammenfassung und Veröffentlichung weitergegeben.

Eine umfassende Preisstatistik kann unter Umständen auch die Grundlage abgeben für die Festsetzung von Minimallohnen, des Existenzminimums oder auch für eine sogenannte Lohnskala, falls ihre Anwendung bei uns einmal in Frage kommen sollte. Zu wünschen ist, daß die geplante Maßnahme über die Lohn- und Preisstatistik alsbald verwirklicht wird.

Was uns nützt.

Ein Kollege schreibt: Unbedingt nötig ist für uns vor allen Dingen, stets daran zu denken, daß wir noch lange nicht über den Berg sind. Wir müssen uns zunächst mit der Aufgabe abfinden, daß uns die vor einem Jahre erzielte Revolution nicht den Erfolg gebracht hat, den jeder Proletarier mit Sehnsucht erhofft hatte. Uns selber belügen zu wollen, diese Vogel-Stranz-Politik betreiben. Wir wollen aber auch nicht in das Gegenteil verfallen, indem wir jenen, die um jeden Preis glauben, gegen zu werfen. Glauben schenken, wenn sie schamlos behaupten, die Revolution sei für „die Rupe“ gewesen. Wir wollen uns darüber, warum dieses oder jenes unterlassen, warum dies oder das getan worden ist,

nicht streiten. Dies würde bei der heftigen Sachlage ein maßiges Verhalten...

Oftens wird ein Punkt heraus: die gesetzliche Einführung des Achttunden-Arbeitstages...

Als feinerzeit die Vertrauensleute der westfälischen Bergarbeiter, die sogenannten „Kaiserdelegierten“...

Alfo, wohl verstanden: die Vertrauensleute der Bergarbeiter, in der Absicht nach Berlin...

Während man also für Hoffentlichkeiten aller Art, Repräsentationsformalitäten...

Um dies verstehen zu können, muß man sich schon in den Geist der damaligen Zeit versetzen...

Dieser „Herrenklubpunkt“ aber fand entsprechende Niederschläge in fast allen Schichten...

Bei den Unternehmern, Kapitalisten usw. war die Abneigung gegen die Ansprüche der Arbeiter...

Ganz besonders aber hat man sich seitens der maßgebenden Faktoren gegen die Einführung...

nach geistiger Erholung hat oder nicht. Ausschreitungen einzelner, die mit ihren „Freistunden“...

Unter den vorliegenden Umständen ist es daher die Pflicht eines jeden vernünftig denkenden Arbeiters...

Da sind dann naturgemäß weite Volksteile, die mit den bestehenden Verhältnissen höchst unzufrieden sind...

Sehen wir also darauf, daß wir nicht durch ein unkluges Verhalten unsererseits die Situation noch unnötigerweise verschärfen...

Jeden Kampf, der um das Mitbestimmungsrecht und um die Anteilnahme am Unternehmerrisiko...

Jeder Kampf, der um das Mitbestimmungsrecht und um die Anteilnahme am Unternehmerrisiko...

„Wenn man die Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs nicht abbauen will oder kann...“

„Mit diesen überlebten Vorschlägen zur Hebung der Arbeitslust dürfte Herr Bahle bei der Arbeiterschaft heute keinen Anklang mehr finden...“

„Wenn man die Preise für Gegenstände des täglichen Bedarfs nicht abbauen will oder kann...“

Aus der Industrie Papier-Industrie Hebung der Arbeitslust. Seit einiger Zeit beschäftigen sich die Unternehmerzeitsungen und deren Fachzeitschriften...

Ein Besuch in den Rositzer Erdöl-Werken.

Was man mit der Bahn die Strecke Arnburg-Meuselwitz-Zeitz fährt, so sieht man gegenüber der Station...

Dieses Werk würde heute nicht hier, wenn nicht vor Jahrtausenden die Natur Schiefergestein geschaffen...

werden, während es andere Stellen der Erde gibt, an denen das Erdöl flüssig vorhanden ist...

Der Arbeitstag beruht auf mehreren Prinzipien, von denen die wichtigsten die Generatoren und die Raffinerie sind...

Obwohl man am Eingange des Werkes an großen Holzstapeln ausgedehnte Kisten die Zahl der Arbeiter...

aus zieht sich auch ein summeisches Röhrensystem nach anderen Bauwerken...

Man zur Raffinerie. Hier befinden sich Rührräume, in denen eine Kältstärke von 800 000 Kolorien erzielt werden kann...

Kilomen von Jahren dauert der Weg, von dem untergangenen Walde bis zu den krennenden Kerzen...

wenn man sich ihm mit ganzer Seele hingeben kann. Wer aber von uns heute ist fähig, seine Gedanken nur auf seiner Hande oder Sinne Arbeit zu richten? Noch leben wir in Revolutionen, noch sind die Gemüter von jung und alt, arm und reich im Banne des Unstetigen und in der Furcht vor einer ungewissen Zukunft. Die Weltpolitische Neugestaltung, der innerpolitische Kampf um die Parteiprogramme, noch wogende Welt und Einkommen geregelt werden sollen, all dies greift tief ein ins Erleben eines jeden Einzelnen, bringt sein Blut in Wallung und läßt nicht Zeit, die Pflichten des Berufes friedensmäßig zu erfüllen. Erst wenn unser Staatschiff, dessen Passagiere wir sind, aus den Stürmen und Nöten wieder in ruhige Gewässer gesteuert ist, werden wir die Bestimmung und damit uns selbst wiederfinden. Noch weht der Sturm; mögen Kapitän und Steuermann ruhig Blut und festes Ziel behalten!

Die Freude zur Arbeit wird geweckt und gesteigert, wenn das Entgelt dafür im richtigen Verhältnis zum angewandten Fleiße steht. Unsere heutigen Lohnsätze, die den Stundenlohn mit dem Stundenlohn der einzig menschenwürdigen Bezahlung umgeben, wirken mit ihrer erstickenden Gleichmacherei erschöpfend auf das wertvolle Volk. Der Faulenzen ist sowohl wert wie der Strebsame, der ungelernete soviel wie der gelernte Mann. Im Wirtschaftsleben ist auf die Dauer aber nur für den Tüchtigen Platz. Im Zwange der Gleichmacherei ertöten wir jedes Weiterstreben, bauen wir einen Staat auf, der nur degenerieren kann.

Dah auch dieser Unternehmer in der „erstickenden Gleichmacherei“ der bestehenden Tarifverträge eine Prämie auf „Faulenzen“ sieht, braucht ihm nicht besonders scharf angedeutet zu werden. Es kann eben kein Mensch aus seiner Haut heraus. Tropfen gibt er sich aber Mühe, die Ursachen der Arbeitsunlust etwas tiefer zu erfassen. Wenn er dabei die Arbeitsunlust auf die schlechte Ernährung unseres Volkes mit zurückführt und zum Beweise die Ernährungszahlen während der Kriegszeit in Deutschland und Frankreich heranzieht, nach denen in Frankreich der Durchschnittsarbeiter bedeutend besser ernährt wurde als in Deutschland der Schornsteinarbeiter, wenn er weiter darauf hinweist, daß der französische Arbeiter von der Rationierung fast keinen Gebrauch gemacht hat, weil er alle Lebensmittel in beliebiger Menge preiswert erhalten konnte, während der deutsche Arbeiter durch die „edle“ Tätigkeit unserer Kriegsheer und Kriegsgewinnler seit über fünf Jahren am Hungertuche nagt, so kann man ihm nur beifalgen. Ebenso kann man seiner Beurteilung über das Schlemmerleben gewisser Volksteile zustimmen, von der er treffend schreibt:

„Wohl kann man heute auf Schlechwegen zu enormen Preisen allerhand gute, langersehnte Dinge kaufen. Wenn aber der Kriegsgewinnler allen seinen Begierden lachenden Herzens frönen kann, so empfindet der einfache Mann dieselbe Sehnsucht nach einst selbstverständlichen Genussmitteln, und da sein Geldbeutel sich diesen Luxus nicht leisten kann, so sucht er seine Entluste zu steigern.“

Die Forderungen nach höherem Lohn durch die Arbeiter ist allerdings weniger darin begründet, daß diese die Genussucht der Besitzenden nachahmen wollen, als vielmehr in dem Bedürfnis, sich satt zu essen und ihrem durch Hunger, Arbeits- und Kriegsanstrengungen ausgemergelten Körper die auf Schlechwegen reichlich erhältlichen Fett- und eiweißhaltigen Nahrungsmittel zuzuführen. Wenn dann die Arbeiter die fettgebliebenen und reich gewordenen Kriegsgewinnprozenten täglich und stündlich beobachten, wie diese für ihre wohlriechenden Savannazigarren oftmals mehr Geld ausgeben, wie ein Arbeiter in zwei, drei Stunden verdient, dann kann man auch die Sehnsucht der Arbeiter nach einem „echten deutschen Helbentabak“ verstehen, der zu Wucherpreisen in den Läden ausgestellt wird.

Die Gewinnsucht der Händlerlippe, die Kaffier großer Teile der deutschen Landwirtschaft, die lieber das ganze Volk zugrunde gehen lassen, anstatt ihrer Ablieferungspflicht nachzukommen, nur um ihre Erzeugnisse zu Wucherpreisen auf den Schlechwegen an den Mann bringen zu können, das Schlemmerleben der Kriegsgewinnler und Warenhändler, die nach jedem guten Geschäft, das ihren Geldbeutel wieder gefüllt hat, von einem Selbstege zum andern tockeln, die Hartnäckigkeit leider noch allzuvieler Unternehmer in der Lohnfrage, und der Kampf der Unternehmer gegen weitere Arbeiterrechte in sozialpolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht treibt die Arbeiterschaft in wirtschaftliche und politische Streiks.

Solange der Wucher und der Schleichhandel im deutschen Volke die Vernunft verbergen, und solange die Arbeiterschaft auch auf wirtschaftlichem Gebiete um ihre Mitwirkung und Mitbestimmung streiten muß, so lange besteht auch keine Aussicht auf eine wirkliche Gesundung unseres Wirtschaftslebens. Wollen die Anhänger einer ruhigen Wirtschaftsweise die Arbeitslust der Arbeiterschaft wieder heben helfen, dann müssen sie mit der Arbeiterschaft gemeinsam den Kampf gegen Wucher, Schleichhandel und Schieberum führen, dann können sie der Arbeiterschaft sozialpolitische Rechte zubilligen, worauf sie längst Anspruch hat, um auf wirtschaftlichem Gebiete ihren Einfluß geltend machen zu können. Das Rätegesetz in seiner parlamentarischen Beratung bietet den Vertretern des Unternehmertums Gelegenheit, den bisher geübten Widerstand aufzugeben und gemeinsam mit den Arbeitervertretern ein Gesetz zu schaffen, das die Verdrängung der Arbeiterklasse fördert.

Den Beweis, daß auch die Arbeiter bei einem freien Bestimmungsm- und -bestellungsrecht für den Betrieb Gutes leisten, erbringt in Nr. 35 (1919) des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ ein „G. K.“ zeichnender Artikelsschreiber unter der Firma: „Wirtschaftliche Fertigung und wissenschaftliche Betriebsführung in der Papierindustrie“, indem er schreibt:

„Zum Schluß möchte ich es nicht unterlassen, in diesem Zusammenhang auf den Wert der Mitarbeit der Werkführer, Maschinenführer und aller Arbeiter des Betriebes hinzuweisen. Leider ist diese bisher vernachlässigt oder abgelehnt worden. Es sind z. B. häufig neue Maschinen angeschafft oder Veränderungen vorgenommen worden, ohne die Arbeiter, die jahrelang mit diesen Maschinen gearbeitet haben, auch nur mit einem Wort davon zu unterrichten, noch weniger, sie um ihre Ansicht zu fragen, meistens zum Schaden des Geschäftes. Man irrt sich vielleicht, sich etwas zu vergeben und in der Meinung der Untergebenen über die eigenen geistigen Fähigkeiten und Kenntnisse zu finden. Es ist ganz erstaunlich, welches gesunde Urteil und welche praktische Vorschläge Arbeiter, die keine theoretische Vorbildung haben, oft einbringen, wenn man ihnen dazu Gelegenheit gibt. Ich habe Maschinenführer gehabt, die die Maschine großartig führten und die Arbeit dabei bis in die kleinste Einzelheit zweckmäßig einteilten, obwohl sie wohl nie von einer wissenschaftlichen Behandlung der Arbeit oder dem Taylor-System etwas gehört hatten, und das alles, weil man ihnen den nötigen Spielraum für ihre Betätigung ließ und auch ihre Meinung hörte, selbst über ihre Maschine hinaus. Andererseits habe ich auch gesehen, daß gut veranlagte Maschinenführer nur Mittelmaßiges leisteten, weil sie ihre Fähigkeiten nicht entwickeln konnten, indem sie durch zu viel Befehle und Aufsicht der Vorgesetzten eingeengt waren und niemals um ihre Ansicht gefragt wurden, gleichsam auch nur eine Maschine waren.“

An den Unternehmern wird es liegen, diesen Sinn ihres Standes zu genießen zu verstehen und danach zu handeln. Sicherlich ist er ebenfalls geeignet, die Arbeit lustig zu machen, und zweifellos wird er bei der Arbeiterschaft mehr Widerhall finden, als das Bestreben verschiedener Unternehmer über die „Faulheit“ ihrer Arbeiter. G. St.

Keramische Industrie

Der „Diktatfriede“ in der Ziegel- und Tonindustrie.

Der Reichsarbeitsvertrag, der von unserer Organisationsleitung dem Verbands der deutschen Ziegel- und Tonindustrie vor einiger Zeit unterbreitet wurde, erfuhr kürzlich in der „Deutschen Töpfer- und Ziegler-Zeitung“ durch den Ziegeleibesitzer Schünhoff (Hannover) eine Kritik. Es ist aber nicht die Kritik der Objektivität, die man heute auch bei einem Unternehmer voraussetzen darf, sie erinnert vielmehr an die Kritik eines Schmarfmachers aus der vorrevolutionären Zeit. Herr Schünhoff meint, der Fabrikarbeiterverband stelle sich trotz der Arbeitsgemeinschaft auf den Standpunkt, den die Entente bei dem Pariser Frieden uns gegenüber eingenommen habe. Die Arbeitgeber seien anstrengend

nur noch dazu da, um für die Arbeiter zu sorgen und zu arbeiten. Der Entwurf lenne für die Unternehmer nur Pflichten und für die Arbeiter nur Rechte.

Damit hat Herr Schünhoff gründlich vorbeigehauen. Zunächst stellt der Entwurf nur die Grundlage zu den Verhandlungen dar. Können sich die Unternehmer mit den Bestimmungen des Entwurfs nicht befreunden und ist eine Einigung nicht möglich, so brauchen sich die Unternehmer noch nicht dem Entwurf zu beugen. Es steht ihnen frei, den Entwurf abzulehnen. Wir brechen durchaus nicht darauf, einen Reichsarbeitsvertrag abzuschließen. Ist den Unternehmern die betriebsweise Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse angenehmer, dann gut, wir sind einverstanden. Die Anspielung auf das Verhalten der Entente ist also deplaciert. Ebenso aber auch die Bemerkung, die Unternehmer hätten nach dem Entwurf nur für die Arbeiter zu sorgen und zu arbeiten. Bis heute ist uns noch kein Unternehmer bekannt geworden, der nur für die Arbeiter gesorgt hat. Etwas Egoismus war denn doch immer dabei. Und so wird es auch in Zukunft sein. Die „Sorge um die Arbeiter“ hat bei den Unternehmern immer die Sorge um das eigene „Ich“ zur Grundlage. Wo der Unternehmer nicht mehr auf seine Rechnung kommt, ist die „Sorge um die Arbeiter“ zum Teufel. Der Entwurf enthalte für die Unternehmer nur Pflichten, für die Arbeiter nur Rechte. Er enthält das mindeste dessen, was die Arbeiter mit Recht beanspruchen können. Die Rechte der Unternehmer den Arbeitern gegenüber brauchen wir wohl nicht tariflich festzulegen, diese haben die Unternehmer noch stets geltend zu machen verstanden. Wenn es die Unternehmer aber wünschen, können auch ihre Rechte tariflich geregelt werden; es kann auf diese Weise irgendwelchen Uebergriffen der Unternehmer vorgebeugt werden.

Besondere Sorge erregt die „ern Schünhoff das Festhalten an der achtstündigen Arbeitszeit. Mit Rücksicht auf die Eigenart der Sommerbetriebe und der Wanderarbeiter kann er sich mit dem Achttundentag nicht befreunden. Wir haben aber nicht die Absicht, noch länger auf diese Ertragslosigkeit zu verzichten, nach der sich auch die Ziegeleiarbeiter so lange sehnten. Für die diesjährige Kampagne haben wir im Interesse der Umstellung der Betriebe der Durchbrechung des Achttundentages zugestimmt. Haben die Unternehmer diese Frist unbenutzt verstreichen lassen, so mögen sie die Folgen tragen.

Ueber die Lohnsätze wird gesagt, als Mindestlöhne seien 2,10 bis 2,20 Mk. in Aussicht genommen. Wie Herr Schünhoff dazu kommt, ist uns unverständlich, da in unserem Entwurf Lohnsätze überhaupt nicht genannt werden. Ganz so billig werden die Ziegeleibesitzer aber in der nächsten Kampagne nicht davon kommen. Nachdem Herr Schünhoff dann noch die Zahlung der Ueberstunden, die Akkordarbeit, die Urlaubsfrage, die Regelung der Unterkunft und Beschäftigung für Wanderarbeiter usw. vorgeführt hat, kommt er zu dem Schluß, der vorgelegte Entwurf enthalte für die Unternehmer einen „Diktatfrieden“, der „glatz abzulehnen“ sei. Herr S. hat also große Risiken im Sa. Er mag sie gut aufbewahren. Im Frühjahr wird er sie rasch los werden. Wenn dann die Welle der betriebsweisen Lohnbewegung heranbraust, wird er den Sa. schon zubinden. Wir stehen also der Ablehnung des Entwurfs gleichgültig gegenüber. Ob sie für die Unternehmer etwas Günstigeres zeitigt, dürfte aber sehr fraglich sein. Herr S. hofft allerdings, daß mit der Ablehnung die Arbeiter wieder zur Vernunft kämen. Das heißt, daß sie der Organisation den Rücken kehren und wieder billig und willig arbeiten. Diese Hoffnung wäre begründet, wenn die Forderungen der Arbeiter nur gestellt würden, um die Unternehmer zu ärgern. Da sie aber aus der Not der wirtschaftlichen Verhältnisse resultieren, dürfte die Hoffnung des Herrn S. sehr bald zu Wasser werden.

Zum Schluß schreibt Herr S.: „Alle Vereinigungen werden sich in nächster Zeit mit den Vorschlägen des Fabrikarbeiterverbandes befassen müssen. Es ist dringend zu raten, dabei zu erwägen, ob es nicht richtiger ist, die Betriebe stillzulegen, als sich widerstandslos den Forderungen der Arbeitnehmer zu fügen. An eine dauernde Befriedigung der stetig steigenden Zumutungen ist nicht zu denken. Einmal werden wir doch sagen müssen: Bis hierher und nicht weiter! Die Kraftprobe muß kommen und wird kommen. Mit Galgenstrafen ist uns nicht gedient. Je eher wir Schluß machen, desto eher kommt die Entscheidung.“

In dieser Schreibart geht es noch eine Weile fort, um schließlich die Forderungen des Reichsarbeitsvertrages als „wahnsinnige Forderungen“ zu bezeichnen. Diese Auslassungen erbringen den Nachweis, daß die Ziegeleibesitzer in der neuen Zeit noch nichts gelernt haben. Nachdem sie jahrzehntelange die Ziegeleiarbeiter geschunden und für ein paar Bettelpfennige ausgefogen haben, markieren sie den starken Mann, reden von „Kraftprobe“, wenn die Arbeiter ihr so lange vorantalkendes Recht verlangen. Die Betriebe wollen sie stilllegen, die Arbeiter aussperrern, wenn sie nicht auf die gesetzmäßige Arbeitszeit verzichten, wenn sie sich nicht billig und willig auszuwornen lassen. Das sind die Unternehmern nach der Revolution! Rückständig, reaktionär, genau wie früher! Mögen sich dies die Ziegeleiarbeiter ins Gedächtnis prägen. Mögen sie rufen zur „Kraftprobe“! Rufen durch eine einheitliche, geschlossene Organisation, damit sie bei dieser Kraftprobe nicht unterliegen.

Christliche Prahlbänse.

Die „christlichen“ Gewerkschaften sind im allgemeinen höchst selten in der Lage, für die Verbesserung der Arbeiter etwas zu tun. Es geschieht dies höchstens einmal in einem abgelegenen, gottvergessenen Winkel. Wo sie von „Erfolgen“ reden, handelt es sich um die Erfolge der freien Gewerkschaften, die sie für sich reklamieren und umbenken. So wird uns aus dem Bezirk Dornhausen mitgeteilt, daß die Christen in den dortigen Ziegeleien agitieren mit der Behauptung, daß die Tarife der dortigen Gegend von ihnen abgeschlossen seien. Das ist eine der üblichen Lügen. Der Tarif für die Ziegeleien des Kreises Minden wurde von unserem Verband allein abgeschlossen. Einige Wochen nach Abschluß des Tarifs kam Herr Posthof vom Verband christlicher Fabrik, Transport- und Keramikerarbeiter (früher Zippinger Gewerkschaft) nach Minden, um ebenfalls Tarifverhandlungen einzuleiten. Dabei wurde ihm die Mitteilung, daß ein Tarif schon mit dem Verband der Fabrikarbeiter abgeschlossen sei. Um aber mit dem Abschluß von Tarifen prahlen zu können, legte er seinen Namen unter unseren Tarif. So falsifizieren die Christen „ihre“ Tarife. Im September erteilte unser Verband für sämtliche Ziegeleien des Kreises Minden eine Zulage, die 25 Pf. für Arbeiter über 18 Jahre und 15 Pf. für Arbeiter unter 18 Jahren pro Stunde betrug. Auch bei dieser Bewegung waren die „Christen“ nicht beteiligt. Sie wurde vom Verband der Fabrikarbeiter allein geführt. Dies zur Steuer der Wahrheit.

Zucker-Industrie

Arbeitsgemeinschaft — gemeinsame Arbeit.

Vor Abschluß der Lohnverhandlungen für die Zuckerindustrie und auch bei anderen Gelegenheiten wurde und wird von seiten einiger Unternehmer der Zuckerindustrie die Behauptung aufgestellt, die Vertreter unseres Verbandes hätten bei gegebener Gelegenheit nicht die Interessen der Industrie vertreten, sie hätten somit auch gegen die Interessen der Arbeiter gehandelt. In einzelnen Darlehen hat diese Angelegenheit viel Staub aufgewirbelt. Gemeint sind hier die Verhandlungen in Berlin bezügl. der Preisregulierung für den Rohzucker und der Differenzpreis zwischen Rohzucker und Raffinade.

Es ist im allgemeinen nicht üblich, derartige Verhandlungen zum Gegenstand einer öffentlichen Kritik zu machen. Indes sind wir unseren Kollegen in diesem Falle Aufklärung schuldig. Wie haben sich die Dinge in Berlin abgespielt, und worauf kam es dort an?

Gegen Mitte September fanden im Reichsernährungsministerium die Verhandlungen über die Zuckerbewirtschaftung für das Jahr 1919/20 statt. Zu diesen Verhandlungen waren, wie alljährlich, so lange wir die Zwangswirtschaft haben, eine Reihe Sachverständige aus den interessierten Kreisen geladen. Auch Vertreter unseres Verbandes nahmen an diesen Beratungen zum ersten Male teil.

Am Abend vor den Verhandlungen sollte eine gemeinsame Sitzung der Arbeitgeber mit unseren Vertretern stattfinden, um eventuell eine Einigung über ein gemeinsames Vorgehen herbeizuführen. Wir waren von seiten der Unternehmer über ihre getroffenen Maßnahmen bis dahin vollständig im unklaren gelassen. Erst in dieser Vorbereitungsphase traten Unternehmer mit ihren Plänen heraus.

Es wurde uns mitgeteilt, daß die Unternehmer eine Eingabe an die Regierung gemacht hätten zwecks Aufhebung der Zwangswirtschaft und Einführung des freien Handels in der Zuckerbewirtschaftung. Die Regierung habe das für das Jahr 1919/20 abgelehnt. Es wurde uns dann der Vorschlag gemacht, gemeinsam schon jetzt für die Aufhebung der Zwangswirtschaft für das nächste Jahr einzutreten.

Gleichzeitig wurde uns gesagt, die Unternehmer hätten bei der Regierung beantragt, den Rohzuckerpreis für die Kampagne 1919/20 auf 63 Mk. pro Zentner festzusetzen. Wir standen also vor fertigen Tatsachen. Zur Begründung wurde uns eine Reihe Zahlen angeführt, die wir mit dem besten Willen nicht in einigen Minuten verdauen konnten. Wir erklärten, daß wir ohne die genügenden Unterlagen zu all diesen wichtigen Dingen keine Stellung nehmen könnten. Die Unternehmer hätten uns über diese wichtigen Fragen vorher informieren müssen und uns die nötigen Unterlagen zur Verfügung stellen sollen. Unsererseits wurde nun der Vorschlag gemacht, zunächst in eine ausführliche Aussprache über diese Fragen einzutreten, um die Gründe der Unternehmer näher kennen zu lernen. Das lehnten die Unternehmer mit dem Bemerkten ab, sie hätten schon den ganzen Tag gesagt, es sei keine Neigung für eine längere Sitzung vorhanden. Die Besprechung wurde dann abgebrochen.

Wenn sich die Unternehmer die gemeinsame Arbeit in der Arbeitsgemeinschaft so vorstellen, daß sie denken, wir müßten zu allen ihren Vorschlägen und Entschlüssen ja sagen, dann müssen wir schon erklären, daß unsere Auffassung eine andere ist. Unter Arbeitsgemeinschaft verstehen wir gemeinsame Beratung über alle wichtigen Maßnahmen, die getroffen werden sollen. Das Resultat dieser gemeinsamen Beratung kann man dann auch gemeinsam vertreten. Anders können wir uns ein gemeinsames Arbeiten nicht vorstellen.

Die Vorbereitungsphase mit den Unternehmern war also resultatlos verlaufen.

Bei den Verhandlungen mit der Regierung am nächsten Tage begründeten die Unternehmer ausführlich ihre Anträge auf Aufhebung der Zwangswirtschaft und Erhöhung des Rohzuckerpreises auf 63 Mk. pro Zentner. Die Regierung hatte Erhebungen vorgenommen und auf Grund dessen ihre neuen Preise berechnet, die bedeutend niedriger waren als die Vorschläge der Unternehmer.

Die Unternehmer führten als einen der Hauptgründe für die Preiserhöhung die Steigerung der Löhne an. Auch bei dieser Verhandlung wurde wieder mit einer Reihe Zahlen operiert, die wir in dem Augenblick nicht nachprüfen konnten, da uns auch hierfür jede Unterlage fehlte. Nach längerer Beratung teilte dann die Regierung die Löhne mit, die sie bei ihrer Preisberechnung mit ein kalkuliert habe, und die so sind, daß ein großer Teil der Zuckerarbeiter sie heute leider noch lange nicht erreicht hat. Um für die Zukunft Mißdeutungen auszuschließen, erklären wir hier:

Wir haben bei allen diesen Beratungen nicht nur das Interesse der Zuckerindustrie oder gar nur der Zuckerindustriellen zu wahren, sondern wir müssen auch die Interessen der Konsumenten und der Allgemeinheit im Auge haben. Von diesem Standpunkt aus können wir dem freien Handel in der Zuckerbewirtschaft nicht zustimmen. Solange das Angebot beim Zucker noch so erheblich hinter der Nachfrage zurückbleibt wie bisher, wird der freie Handel uns eine Preissteigerung bringen, die dem Preise für den Auslandszucker gleichstehen dürfte, ja diesen vielleicht noch übersteigen würde. Das haben ja die Unternehmer auch zugegeben. Wir mußten es also ablehnen, für die Aufhebung der Zwangswirtschaft mit einzutreten.

Auch auf dem Wege der Zuckerpreiserhöhung konnten wir dem Verlangen der Unternehmer nicht stattgeben. Zunächst fehlten uns dafür die Unterlagen. Sache der Unternehmer wäre es gewesen, diese zu beschaffen.

Wenn wir für etwas eintreten sollen, so müssen wir zunächst selbst davon überzeugt sein, daß dies absolut nötig ist. Da uns jede Unterlage hierzu fehlte, konnten wir auch hier die Unternehmer nicht unterstützen.

Wir haben aber bei dieser Gelegenheit erklärt, daß wir für die diesjährige Kampagne mit einer bedeutenden Lohnsteigerung zu rechnen haben, und daß wir für die Preiserhöhung insoweit mit eintreten würden, wie sie durch die höheren Löhne begründet sei, weil auch die Zuckerarbeiter ein Anrecht darauf haben, den übrigen Arbeitern einigermaßen gleichgestellt zu werden. Wenn es der Zuckerindustrie bei den heutigen Preisen nicht möglich ist, anständige Löhne zu zahlen, dann müßten in die Preisalkulation diese höheren Löhne mit eingerechnet werden.

Wir stellen also fest:
Wir sind für eine Preiserhöhung mit eingetreten, soweit es die höheren Preise bedingen, haben es aber abgelehnt, die weitere Preiserhöhung mit zu befürworten, weil uns dafür jede Unterlage fehlte und wir nicht in der Lage waren, zu prüfen, ob diese Erhöhung auch berechtigt sei. Wir haben es ferner abgelehnt, für die Aufhebung der Zwangswirtschaft einzutreten, weil wir der Meinung sind, daß der Zuckerpriß dadurch eine Höhe erreichen würde, die für die Minderbemittelten einfach unerschwinglich wäre. Es würde bei diesen Preisen dann nur den bemittelten Volkschichten möglich sein, den Zucker zu kaufen, der großen Masse der Bevölkerung würde dann auch dieses wichtige Nahrungsmittel noch vollständig entzogen werden. Im allgemeinen Volkinteresse konnten wir also keine andere Stellung einnehmen.

Den Herren Arbeitgebern aus der Zuckerindustrie aber wollen wir zum Schluß nochmals sagen: Wir sind zu gemeinsamer Arbeit bereit, um das Wirtschaftsleben Deutschlands wieder aufzurichten, weil wir wissen, daß es hierzu der Anspannung aller Kräfte bedarf. Wir haben bei dieser gemeinsamen Arbeit oft manchen weitgehenden Wunsch zurückstellen müssen im Interesse der Industrie selbst.

Von den Unternehmern aber müssen wir erwarten, daß man diese gemeinsame Arbeit nicht so auffaßt, daß wir unerschwinglich zu bestimmen, was man von uns verlangt, ohne daß man uns Gelegenheit gibt, die Dinge prüfen zu können, und daß man dann gegen uns zu Felde zieht, wenn wir nicht zu allem ja sagen.

Wir haben bei allen Entscheidungen zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen, und zwar: Wie können wir die wirtschaftliche Lage der Industrie heben, an der wir als Fabrikarbeiter interessiert sind? Ferner: Welche Wirkung haben die von uns befürworteten Maßnahmen für die Allgemeinheit?

Wenn sich die Unternehmer diesem Standpunkt nicht ganz verschließen, dann dürfte ein gemeinsames Arbeiten in der Arbeitsgemeinschaft auch fernerhin fruchtbringend für beide Teile sein.
E. S.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Zum Nachdenken geeignet.
Ein Beisitzer beim Versicherungsamt schreibt:
In Nr. 43 des „Wochenblattes für Papierfabrikation“ vom 25. Oktober 1919 befindet sich der Bericht über die Berufs-genossenschaftsversammlung für das abgelaufene Jahr 1918. Aus demselben möchten wir hier folgenden Satz wiedergeben, da er von allergrößtem Interesse für alle Versicherten, und zwar nicht bloß in der Papierindustrie, ist. Der betreffende Satz lautet:
„Recht günstig stellte sich wieder die Statistik über die Rechtssprechung, indem von 140 erledigten Berufungen nur 45 Erfolg hatten, während von den Rekursen der Verlusten überhaupt keiner Berücksichtigung fand.“

So weit der Bericht. Für die Berufs-genossenschaft mag dies Resultat zwar sehr günstig sein, aber ich bezweifle, ob dies auch auf Seiten der Arbeitnehmer der Fall ist. Oder sollten die Renten wirklich so hoch sein, daß sich jeder Einspruch dagegen erübrigt? Es wäre ferner im Bericht nicht unangebracht gewesen, wenn man die Zahl der eingeklagten Rekurse angegeben hätte, oder hat man das mit Absicht fortgelassen?

Für mich als Beisitzer eines Versicherungsamtes erhält der oben angeführte Satz noch dadurch besondere Bedeutung, weil bei dieser Infanz in den meisten Fällen vertrauensvoll auf den den Verlusterten zur Verfügung stehenden Refuzen hingewiesen wird. Hier ist nun die Gelegenheit geboten, zu sehen, was dabei herauskommt.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Verdigung des interkonfessionell-katholischen Gewerkschaftstreits.
Der seit dem Jahre 1899 bestehende Streit zwischen den christlich-katholischen Gewerkschaften und den katholischen Gewerkschaften ist durch Verhandlungen, welche seit Anfang Mai d. J. zwischen den Vertretenden beider Richtungen gepflogen wurden, einer Anerkennung folgender Grundzüge beigewohnt worden:
1. Eine Gewerkschaft, die für katholische Arbeiter geeignet sein soll, muß so beschaffen sein, daß sie als solche ihren Mitgliedern die Möglichkeit bietet, die gewerkschaftliche Tätigkeit nach dem Standpunkt der Religion und Moral zu betreiben, zu beabsichtigen und dementsprechend zu handeln.
2. Wegen die gemeinsame Arbeitsstellung an sich ist vom Standpunkt der Moral nichts einzuwenden. Sie kann allerdings durch Mißbrauch, Unpünktlichkeit und Mißbrauch werden. Eine Arbeitsleistung unter Anwendung ungesetzlicher Gewalt ist zu verwerfen.
3. Wir haben vor einer Konsumation anderer Wirtschaftsbereiche. Die Schaffung von wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern auf geistlicher Grundlage nach dem Arbeitsgemeinschaften von Arbeitgebern und Arbeitnehmern hat eine gewisse Bedeutung. Wir sind jedoch der Meinung, welche die Bildung freier Gewerkschaften zur Regelung der Arbeitsverhältnisse, insbesondere gemeinsamer Einigungsämter mit entscheidenden Vollmachten haben. Diese Funktionen sind sowohl von den katholischen Gewerkschaften als auch von den christlichen Gewerkschaften mit Rücksicht zu versehen.
4. Die Lösung der den Arbeitnehmern und Gewerkschaften gemeinsamen Aufgaben soll dadurch gefördert werden, daß aus Vertretern beider Organisationen ein Ausschuss gebildet wird.“
Der Vorstand des Verbandes katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin) hat die Beschlüsse dieser Grundzüge ohne Fügung des Vorhabens der katholischen Gewerkschaften, des Bundes der Deutschen Arbeitervereine, angenommen. Er hat eine Erklärung des heiligen Stuhles in Rom über den Konflikt zwischen den beiden Richtungen als überflüssig und bezeichnet eine Einigung unter den bestehenden Umständen und im Interesse der katholischen Arbeiter als dringend erachtet. Schließlich wurden noch einige grundsätzliche Beschlüsse erlassen, die durch die Vertreter beider Richtungen bestätigt wurden:
„Die Gewerkschaften haben sich nicht berechnen zu lassen, wenn sie auf Grund religiöser Verpflichtungen nach dem allgemeinen nachgeordneten kirchlichen Kriterien Gewerkschaften nicht zulassen können.“
Der christlich-katholischen Gewerkschaften hat dieser Vereinbarung zu mit der unbedingten Zustimmung, daß unter den allgemeinen nachgeordneten kirchlichen Kriterien auch Bestimmungen der christlichen und politischen Natur zu verstehen sein. Über die Klärung der katholischen Gewerkschaften haben demnach diese Delegiertenversammlungen zu beschließen.“

Zahl der allgemein verbindlichen Tarifverträge.
Es am 11. November 1919 sind 230 Tarifverträge in das Tarifregister des Reichsarbeitsministeriums eingetragen worden. Sie haben demnach in ihrem Inhalt auf Grund der Verordnung vom 23. Dezember 1918 § 2 über Tarifverträge die allgemein verbindliche Wirkung erlangt und sind mithin in ihrem Inhalt geltend zu machen für einen beträchtlichen Anteil der Bevölkerung. Daraus sind auch die am Tarif

nicht beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer des betreffenden Gewerkschaftsbereiches an die Bestimmungen des allgemein verbindlichen Tarifs gebunden. In den 230 Verträgen sind enthalten: 3 Reichstarife (Schiffmannschaften, Schiffsbauarbeiter und Bahnenangehörige), 105 Bezirksstarife, 111 Ortsstarife, ein Firmenstarif (Friedrich Krupp A.-G.). Hierunter entfallen auf die gewerkschaftlichen Arbeiter insgesamt 75 Verträge mit zwei Reichstarifen, 48 Bezirksstarifen, 24 Ortsstarifen, einem Firmenstarif, auf die Landarbeiter insgesamt 19 Bezirksstarife, auf die Privatangestellten insgesamt 126 Verträge mit einem Reichstarif (Bahnenangehörige), 38 Bezirksstarifen und 87 Ortsstarifen.
Im Mai 1919 erlangte der erste Tarifvertrag (das Birtzgewerbe Köln) allgemeine Verbindlichkeit. Die Monate September und Oktober 1919 wies gegenüber den vorhergehenden Monaten die größte Zahl von allgemein verbindlichen Verträgen auf, und zwar sind es in beiden Monaten je 81 Verträge. Die Zahl der erlassenen Verträge und der am Tarif gebundenen Personen kann nicht angegeben werden. Erst durch diese Angaben könnte sich ein leider richtiges Bild von dem wirklichen Umfang der allgemein verbindlichen Tarifverträge ergeben.

Berichte aus den Zahlstellen.

Goldschmidt i. d. Elbmündung. Mit den Unternehmern der rübenverarbeitenden Zuckerfabriken des Bezirks Altmark ist es nun auch zum Abschluß eines Lohnstarifs gekommen. Die Verhandlungen fanden in Magdeburg statt. Zur Frage der Arbeitszeit erklärten die Unternehmer, daß sie grundsätzlich für den Achtstundentag seien. Jedoch sei es nicht möglich, gegenwärtig die Arbeitszeit einer dritten Schicht unterzubringen. Auch aus verfahrensmäßigen anderen Gründen müsse es vorerst bei der Zweischicht bleiben. Die über 8 Stunden pro Schicht hinausgehende Arbeitszeit soll jedoch als Überarbeitszeit angesehen und bezahlt werden. Überarbeit soll nur wenn absolut nötig und im Einverständnis mit dem Arbeiterausschuß geregelt werden. Naturalbezüge wie Lebensmittel, Kohlen, Ackerland, Gasleistung und dergleichen sind nach den ortsüblichen Sätzen in Anrechnung zu bringen. Kasernenverpflegung und Naturalien werden zum Selbstkostenpreis berechnet. Schichtarbeiter, Kampagnearbeiter, Nachschüsse und Gratifikationen kommen in Zukunft in Fortfall. Nach eingehender Aussprache wurden folgende Lohnsätze festgelegt: In der 1. Klasse für vollwertige Arbeiter 1,50 M. Stundenlohn, in der 2. Klasse für die nur die einzige Fabrik Goldschmidt in Frage kommt) 1,40 M., angeleitete Arbeiter erhalten 10 Pf. pro Stunde Zuschlag, ebenfalls Handwerker. Frauen über 20 Jahre 80 Pf., von 18 bis 20 Jahren 70 Pf., von 16 bis 18 Jahren 60 Pf., für jüngere ist freie Vereinbarung vorbehalten. Die Löhne gelten rückwirkend bis 4. August.

Köln. Die Verbandsleitung hatte in einer Eingabe an die hiesigen Kapellenfabriken Forderungen eingereicht, die aber anfänglich den Spitzenverbänden zur weiteren Verfolgung überwiesen wurden. Die Spitzenverbände überwiesen die Regelung den örtlichen Instanzen. Es kam dann folgende Entigung zustande: Für alle Lebigen und Verheirateten über 21 Jahre 300 M. Außerdem werden gezahlt für Kinder unter 14 Jahren bei einem Kind 100 M., bei zwei Kindern 150 M., bei drei Kindern 200 M., bei vier Kindern 225 M. Die Arbeitszeit soll sich nach dieser Regelung einrichten lassen. Die Arbeitszeit ist rechts in unserem Verbandsorganisiert.

Riegnitz und Umg. Leider mußte durch die Einstellung des Zugverkehrs die angelegte Konferenz der Zahlstelle abgefragt werden. Durch den Zusammenbruch mit den kleinen Zahlstellen wäre eine gemeinsame Aussprache sehr vorteilhaft gewesen. Es soll nun an dieser Stelle versucht werden, den Mitgliedern ein Bild von dem Wirken unserer Zahlstelle zu zeigen. Mit Riegnitz ist jetzt verflochten Gayman, Oberleichen, Goldberg, Körsdorf und Maltitz a. Oder. Neu dazu gewonnen ist Sieden und Diebold. Die Mehrzahl der Kollegen der Zahlstelle Janer hatte auch für den Anbruch gestimmt, aber es ist beim Beschluß geblieben, obwohl Janer nur noch die einzige Zahlstelle ist, welche jetzt noch fehlt. In Riegnitz haben wir die Betriebe alle erfaßt und auch für unsere Mitglieder manchen Vorteil geholt. In fast allen Betrieben haben wir Karte, Urlaub erhalten alle Mitglieder. Am schlechtesten stehen noch die Riegeleiarbeiter da. Die Entlohnung ist der Arbeit und Zeit nicht entsprechend. Schuld daran sind einige Zwergbetriebe, die in der Nähe der Stadt liegen. Aber auch den Kollegen wird zur rechten Zeit geholfen werden. In Gayman haben wir erfreuliche Fortschritte gemacht. In der Papier- und auch in der Zuckerfabrik haben wir Karte, welche den Kollegen in Gayman zum Vorteil gereichen. Ausfallen ist hier, daß so mancher, der uns früher nicht einmal dem Namen nach kannte, heute alles nicht sehen will, was für die Kollegen getan wird. Der Geist in der Zahlstelle ist aber ein guter zu nennen. Versammlungen werden stetig besucht. Nur in der Papierfabrik muß nun endlich einmal mit den vielen und allen möglichen Verbänden ausgeräumt werden. Daß es Herr Hopp fertig bekommen würde, unseren Vertreter als unbeteiligt abzulehnen, hätten wir auch in Gayman nicht mehr erwartet. Wir sind heute nicht mehr die alten, das wird auch die Leitung der Gaymaner Papierfabrik noch einsehen müssen.

In Goldberg herrschen noch Zustände, die an die gute alte Zeit erinnern. Bei Gehr. Reumann haben wir noch Wochenlöhne von 41 M., und da redet und schreibt die Firma noch von unzureichenden Elementen. Auch die Riegeleien zahlen sehr niedrige Löhne. Da aber alles organisiert ist, wird es auch hier besser werden. In der Rappensforst Rindland herrscht über den Tarif einigermaßen Zufriedenheit.
In der Zellulosefabrik in Oberleichen ist bis auf einige P.-D.-Leute alles bei uns organisiert. Hier herrscht ein guter Geist. Wenn in Niederleichen der Betrieb erwacht werden wird, ist es Aufgabe unserer Kollegen, dafür zu sorgen, daß auch hier der Verband gleich Fuß fassen kann. In Sieden ist es gelungen, die Kollegen der Zuckerfabrik für uns zu gewinnen. Was das zu bedeuten hat, haben die Kollegen auch an ihrem Lohnanteil gemerkt. Wurden doch hier ganz niedrige Löhne gezahlt. Aber nun haben sie es auch noch zu tun, da müssen die Arbeiter mithelfen. In Maltitz a. d. Oder sind die Betriebe gut erfaßt, aber unter den Kollegen ist noch die alte Langzeit.
In Diebold ist es besser. Unter den Kollegen ist ein guter Geist. Mühselig hat Maltitz a. Diebold daran nehmen.

Wenn man hier nicht alle Orte genannt hat, so sei gesagt, daß im allgemeinen ja die Verhältnisse gleich sind. Aber eins müssen wir doch hier feststellen: Haben in Siedent die Kollegen nicht rechtzeitig erkannt, wo jeder hingehört, dann würden auch heute die Arbeiter noch unter den elendesten Verhältnissen schmachten. Hier müssen die Winter gut ausnützen, um unsere jungen Kollegen aufzuklären, was eigentlich Gewerkschaftsarbeit ist. Dazu brauchen wir Arbeiter. Jeder, der es ernstlich meint, ist gern gesehen. Ein Geschäftsinspektor ohne die Mitarbeiter in den Betrieben ist ein Meißer ohne Heiß und Klinge. Helft alle Kollegen, an dem großen Werk. Sehen wir nicht jeden Tag das Gesicht nach vor Augen? Nicht mit rothen Lippen werden wir zu gepunden Zuständen kommen, aber auch nicht dadurch, wenn man eine Seite demernd über: Arbeiten und Arbeiten. Denn wir den Kapitalismus mit seinen Annehmlichkeiten nicht bekämpfen wollen, so ist zunächst unsere Aufgabe, eine Front der Arbeiterklasse herzustellen. Können die Bogen der Politik noch so hoch sein, mögen sich die Geister dort jähren in dem Kampf um das Recht, der Arbeiterschaft gilt heute mehr denn jemals unter aller Reg: „Proletariat, vereinigt euch!“

Zwiden. Wie die organisierte Arbeiterklasse der Großen Papierfabrik am 9. Januar eine Betriebsvereinbarung mit Einkleitend und Kollege Schmidt den Bericht über die Verhandlungen in Dresden. Er betonte unter anderem, welche Schwierigkeiten seitens der Unternehmung bereit werden, einen für die Arbeiterklasse einmütigen auszuhandeln Tarifvertrag zustande zu bringen. In die Bekanntheit der unter festgelegten Löhne entsprach sich eine gewisse Disziplin, in der gesagt wurde, daß das Ergebnis im Verhältnis zur jetzigen Lebensweise immer noch viel zu niedrig sei. Auf der anderen Seite muß aber eine Zugabe werden, daß unter Verhandlungsführer das herausgeholt haben, was möglich war. Es wurde eine durchschnittliche Erhöhung der Stundenlöhne um 35 bis 40 Pf. bis 31. Januar 1920 und von da an bis 30. April eine weitere Erhöhung um 15 Pf. pro Stunde erzielt. Es gingen drei Anträge ein. Der erste lautete darauf, zu den neuen Löhnen noch eine jährliche Lebenskosten-Lohnkorrektur zu fordern. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Hingegen wurde der Antrag, den Tarifvertrag in vorliegender Fassung, im Einklang mit dem dritten Antrag, anzuwenden, dem Tarif unter der Bedingung anzunehmen, daß der Arbeiter eine Betriebskassenanteile von 500 resp. 300 M. gewährt wird. Des weiteren kam zur Sprache, daß in der Zellulose noch zwei

Kollegen sind, welche bis dato den Weg zur Organisation von mehrwärtiger Aufbesserung nicht gefunden haben, sich ihnen anschließen wollen. Darüber waren die Versammlungsteilnehmer aufs höchste aufgebracht. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Entlohnung der Arbeiter in der Zellulosefabrik in Anbetracht eines größeren Aufwandes an Kleidung und Schuhwerk den anderen Arbeitern gegenüber eine viel zu geringe ist und eine Aufbesserung der Löhne am Orte wäre. Hiermit wurden noch einige Beschwerden laut über schlechte Behandlung der Arbeiterschaft seitens der Herren Kaufmänner Böhm und Werthauer Neppchen. Die Handlungsweise dieser Herren erregte den größten Unwillen der Arbeiterschaft, die das Vorgehen obgenannter Herren aufs höchste verurteilte. Kollege Schmidt wurde nun beauftragt, diese Wünsche der Arbeiterschaft aus den Großen Betrieben den beiden hiesigen in Frage kommenden Firmen zu unterbreiten. E. S. a. b. s. d. s. t. h.

Verbandsnachrichten.

Die Abrechnung für das dritte Quartal 1919 haben eingeleitet:
Dobis, Sinzig, Brilon, Friedland i. Schlesien, Murg a. Rhein, Rheinzabern, Gausberg, Alpirsbach, Nidda, Neustadt a. d. Orla.
Vom 14. November an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:
Hannover 75 107,03. Sandershausen 441,—. Kest 100,—. Neumünster 16,—. Rosenheim 11,—. Stuttgart 6000,—. Beit 2000,—. Böhm 96,—. Bonn 7,50. Sinzig 1483,—. Burgsvalldorf 300,—. Schneidberg (Bez. S.) 20,17. Emmerich 16,50. Alpirsbach 755,85. Bitterfeld 15,—. Woldenberg 101,17. Mue i. Ergeb. 2000,—. Dtsch 800,—. Stolzen 9,26. Hornburg 186,40. Elm. 377,90. Gleimh. 62,24. Straßburg 11,—. P. 7,40. P. 3,95. Vlogau 2000,—. Pyritz 800,—. Jahn 56,24. Wodenselbe 465,—. Traumburg 1000,—. Uelsen 5970,13.
An Versicherungsbeiträgen gingen ein:
Flensburg 102,35. Haffelsbe 6,20. Stuttgart 227,25. Müggel b. D. 33,60. Halle a. d. S. 241,50. Danzig 59,75. Fries 33,25. Halberstadt 27,75. Kaufha 7,20. Südbad 241,45. Straßburg 45,25.
Schluß: Donnerstag, den 20. November, mittags 12 Uhr.
Fr. Brunns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

Zahlstelle	pro Woche für		Die Erhöhung tritt in Kraft am
	männliche Mitglieder	weibliche Mitglieder	
Alschaffenburg	40 Pf.	25 Pf.	1. Dez. 1919
Friedrichow	30 "	15 "	"
Friedland (Bezirk Breslau)	10 "	5 "	1. Jan. 1920
Friedland in Mecklenburg	25 "	25 "	1. Dez. 1919
Freienwalde	15 "	10 "	"
Göppingen	30 "	25 "	"
Hammur	50 u. 55 Pf.	35 "	"
Hammur	40 Pf.	25 "	"
Königsberg i. Pr. (ohne die Bezirke Palmütten und Groß-Bindenau)	50 "	30 "	"
Krefeld	25 "	25 "	"
Lehr	40 "	25 "	"
Memmingen	20 "	25 "	"
Neuß bei Passau	20 "	20 "	"
Oberberg i. d. Mark	20 "	20 "	1. Jan. 1920
Schorchhausen	40 "	25 "	1. Dez. 1919
Schwabach	40 "	15 "	"
Stargard i. Pommern	20 "	20 "	"
Taren i. Mecklenburg	30 "	20 "	"
Tittau	20 "	20 "	"

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Gau 3.**
Neuruppin. 1. Bev.: Friedrich Ebbmeyer, Karlsru. 20. — 2. Bev.: Hermann Seeger, Bergstraße 5.
Gau 4.
Friedrichow. 1. Bev.: Ernst Berndt, Kleine Oberstraße 9. — 2. Bev.: Albert Berndt, Kleine Oberstraße 16.
Wittenburg (Mecklenburg). 1. Bev.: Heinrich Schmitz, Wallstraße 328. — 2. Bev.: Heinrich Greßmann, Am Markt 200. (Neue Zahlstelle.)
Gau 5.
Kolmar i. Pom. 1. Bev.: Anton Kropinski, Wilhelmstr. 13.
Gau 6.
Kurtzow und Otmachow mit Münsberg verflochten.
Gau 8.
Langensalza. 1. Bev.: Otto Marz, Niederhöfstraße 30, 1. Et.
Gau 10.
Barnstein (Niederbayern). 1. Bev.: Fritz Klobner, Eichthal bei Grafenau.
Gau 11.
Wangen i. Allgäu. 1. Bev.: Gustav Freij, Schwarzberg, Poststr. — 2. Bev.: Joseph Kiedel, Hintere Bindstraße 220.
Gau 14.
Gausen mit Höningen a. Rhein verflochten.

Die Zahlstelle Eilenburg

Sucht zum 1. Januar einen tüchtigen **Geschäftsführer.**
Bewerber müssen einen selbstgeschriebenen Lebenslauf und eine Abhandlung über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung einreichen, desgleichen einen Aufschub über die Frage:
"Wie stellt sich ein Geschäftsführer in der Tätigkeit zu den Aufgaben der Betriebsräte?"
Bewerber müssen mit familiären Arbeiten einer Zahlstelle vertraut sein. — Das Gehalt regelt sich nach den Beschlüssen des Dresdener Verbandes nebst Leistungszulagen.
Bewerberungen sind mit der Aufschrift „Bewerbung“ bis zum 10. Dezember einzureichen an [8.— M.] August Grouper, Eilenburg, Halleische Straße 16C.

Zahlstelle Küppersteg (Rheinland).

Wir suchen zum baldigen Eintritt, längstens bis 1. Januar 1920, einen **Geschäftsführer.**
Reflektiert wird auf eine erste Kraft, mit guter rednerischer und agitatorischer Befähigung. Kenntnis der sozialen Gesetzgebung ist erwünscht. Bewerber wollen eine kurze Abhandlung über ihren Lebenslauf einreichen sowie eine selbstgeschriebene Arbeit über die Fragen:
1. Wie ist die Agitation für den Verband am erfolgreichsten zu betreiben?
2. Welches sind die Aufgaben der Betriebsräte in Gegenwart und Zukunft?
Bewerberschreiben sind zu senden an [8 M.] Otto Richter, Wiesdorf (Rheinland), Düsseldorfstraße 104.